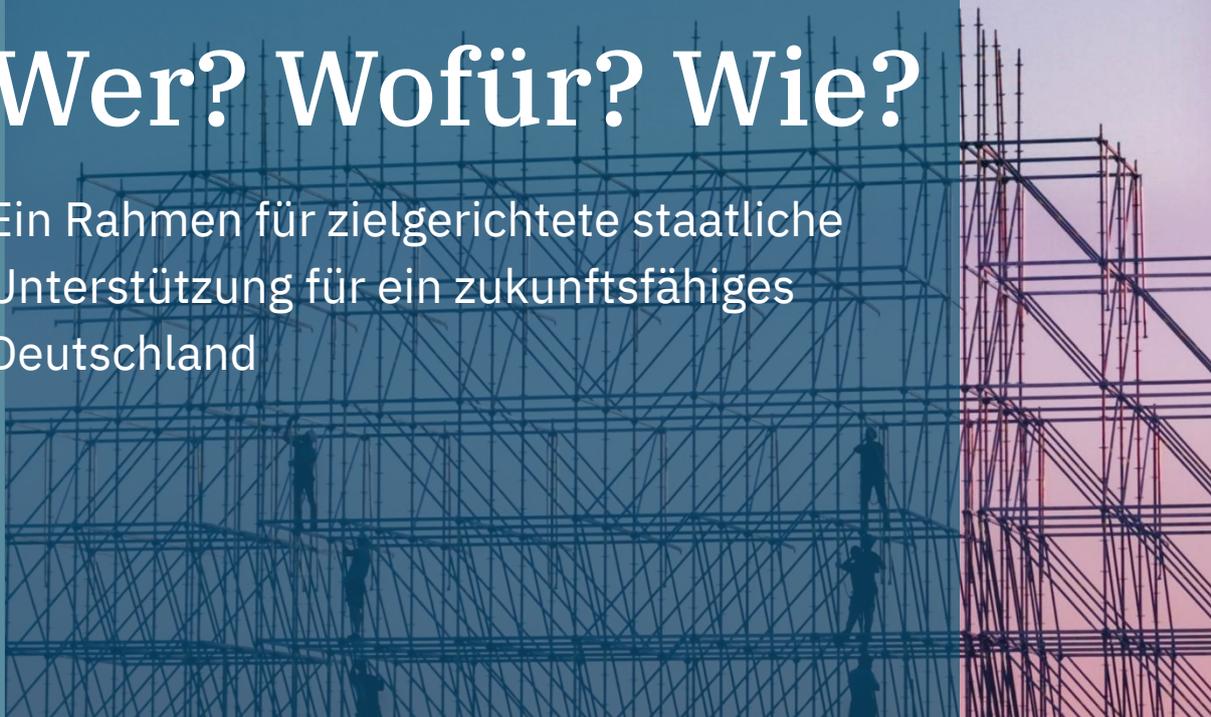


3 W-Fragen der Industriepolitik Wer? Wofür? Wie?

Ein Rahmen für zielgerichtete staatliche
Unterstützung für ein zukunftsfähiges
Deutschland



Impressum

Autorinnen und Autoren

Lydia Korinek, Joshua Meinke, Lukas Bertram, Jakob Hafele, Jonathan Barth, Marla Schiefeling

Editorinnen

Julia Besendorf und Francesca Gater

Bitte zitieren als

Korinek, L., Meinke, J., Bertram, L., Hafele, J., Barth, J., Schiefeling, M. (2023). Drei W-Fragen der Industriepolitik Wer? Wofür? Wie? Ein Rahmen für zielgerichtete staatliche Unterstützung für ein zukunftsfähiges Deutschland. ZOE Institut für zukunftsfähige Ökonomien: Köln.

Transparenz

Wir sind dankbar für die Unterstützung unserer Förderer, welche diese Arbeit möglich machen.

Titelbild

Igor Starkov, pexels.com

Urheberrecht

© ZOE Institut für zukunftsfähige Ökonomien, 2023

Die in diesem Dokument geäußerten Ansichten sind die der AutorInnen und stellen nicht die offizielle Position des ZOE Instituts für zukunftsfähige Ökonomien dar. Diese Publikation und ihr Inhalt dürfen unter Angabe der Referenzquelle vervielfältigt werden.

Drei W-Fragen der Industriepolitik: Wer? Wofür? Wie?

Ein Rahmen für zielgerichtete staatliche Unterstützung für ein zukunftsfähiges Deutschland

Kernbotschaften

- Für die Umsetzung der Industriestrategie in Deutschland ist es jetzt entscheidend, dass staatliche Förderung gezielt eingesetzt wird und flächendeckende Unterstützung nicht den Transformationsdruck untergräbt. Nur so kann ein langfristig nachhaltiger, resilienterer und sozial gerechter Wandel in Deutschland gelingen.
- Für die gezielte Ausgestaltung von staatlicher Unterstützung ist es hilfreich, (1) zukunftsfähige Branchen zu identifizieren sowie Chancen zur Sicherung heimischer Arbeitsplätze und Versorgungssicherheit zu nutzen. Darüber hinaus ist es notwendig (2) individuelle Transformationshemmnisse zu ermitteln und zu adressieren und (3) staatliche Unterstützung an das Erreichen von branchenspezifischen Transformationszielen zu koppeln.
- Um das volle Potenzial für einen wettbewerbsfähigen Standort Europa auszuschöpfen, muss Industriepolitik europäisch gedacht werden. Die Nutzung der Vorteile des europäischen Binnenmarktes kann dabei nicht nur strategische Autonomie sichern, sondern auch europäische Kohäsion stärken.

Eine rasche industrielle Transformation birgt großes Potenzial für Deutschland. Mit der im Oktober 2023 vorgelegten Industriestrategie für Deutschland wurde ein wichtiger Grundstein gelegt, um eine aktive Industriepolitik in Deutschland voranzutreiben. Dass die Politik den Wandel aktiv orchestriert ist notwendig, um die hohen Risiken in Zeiten des Wandels abzufedern, die heimische Wirtschaft zu stärken und strategische Autonomie zu sichern. Außerdem können so hochwertige Arbeitsplätze geschaffen und der Weg zur Klimaneutralität geebnet werden.

Dies ist ein wichtiger Meilenstein, denn je schneller wir die unvermeidlichen Veränderungen in Angriff nehmen, desto mehr Einsparungen und Vorteile erwarten uns in der Zukunft. Die jährlichen Importkosten von Erdgas in Deutschland beliefen sich zwischen 2010 und 2019 auf durchschnittlich 18,5 Milliarden Euro. Es wird erwartet, dass diese Kosten in den nächsten Jahren drastisch höher liegen werden: im besten Fall bei 33,7 Milliarden Euro, möglicherweise aber auch bei bis zu 43,4 Milliarden Euro.¹ Die Umschichtung dieser fossilen Ausgaben in zukunftssträchtige Investitionen ist nicht nur wirtschaftlich vorteilhaft, sondern ebnet auch den Weg für Deutschland, international eine Vorreiterrolle einzunehmen. Dank heimischer technologischer Expertise und starker Präsenz in entscheidenden Branchen wie Anlagenbau und Ingenieurwesen, hat Deutschland das Potenzial in zukunftsfähigen Technologien zur Weltspitze aufzuschließen.

Die Umsetzung der Industriestrategie in Deutschland erfordert nun ein präzises Vorgehen, wie die Politik durch proaktive Vorausschau und gezielte staatliche Förderung das Zusammenspiel der Akteure im Transformationsprozess unterstützen und Marktkräfte strategisch aktivieren kann. Denn um die Weichen zu stellen für ein zukunftsfähiges Deutschland, braucht es ein effektives Zusammenspiel von Staat und Markt. Etwa 60 % der wirtschaftlichen Aktivitäten, die für die grüne Transformation in der EU bis 2030 erforderlich sind, sind für eine rein privatwirtschaftliche Finanzierung noch nicht ausreichend wirtschaftlich tragfähig.² Die Industriestrategie bietet entscheidende Anreize und Finanzierungsmöglichkeiten für Investitionen, wie etwa zinsverbilligte Kredite oder die steuerlichen Investitionsprämien als Teil des Wachstumschancengesetzes (S. 38).³

In der Umsetzung ist es jedoch von strategischer Bedeutung, dass diese staatlichen Förderungen sehr gezielt eingesetzt werden, um eine flächendeckende Förderung nach dem Gießkannenprinzip zu vermeiden. Bisher verfolgten Regierungen weitgehend eine laissez-faire-Wirtschaftspolitik bei Klimamaßnahmen. Um planetare Grenzen zu respektieren und gleichzeitig Wirtschaftssicherheit zu gewährleisten, braucht es jetzt einen neuen regulatorischen Rahmen, der nachhaltigen Unternehmen ermöglicht zu florieren und schädliche wirtschaftliche Aktivitäten stoppen. Es braucht konkrete Strategien, die sicherstellen, dass Förderungen an den Stellen ankommen, an denen sie für eine erfolgreiche Transformation am dringendsten benötigt werden. Gleichzeitig gilt es, keinen Strukturwandel aufzuhalten, wo er dringend notwendig ist und den Transformationsdruck nicht zu untergraben.

Bei der Gestaltung effektiver und zielgerichteter Industriepolitik sind drei W-Fragen von ganz entscheidender Bedeutung: Wer soll staatliche Unterstützung erhalten? Wofür? Wie? Dieser Policy Brief bietet einen Rahmen, um im Kontext der Umsetzung der Industriestrategie in Deutschland diese drei wichtigen W-Fragen der Industriepolitik zu erörtern.

1. **Wer soll staatliche Förderung erhalten?** Dies erfordert die Identifizierung zukunftsfähiger Branchen und die Schaffung eines sozial verträglichen Strukturwandels für Arbeitnehmende.
2. **Wofür?** Ein präziser Blick auf die Transformationshemmnisse ermöglicht gezielte Unterstützung und beschleunigt die Transformation durch verbesserte Finanzierungsstrategien. Eine differenzierte Klassifizierung der Akteure je nach Art der Transformation – sei es die Umstellung von Endprodukten in der Autoindustrie, die Neuausrichtung von Geschäftsmodellen in Energieunternehmen oder die Anpassung von Prozessen in der Chemieindustrie – kann hierbei als wertvolle Orientierung dienen.
3. **Wie?** Staatliche Unterstützung muss eng an den Fortschritt gebunden sein, um sicherzustellen, dass unterstützte Unternehmen einen wirklichen Beitrag zur Transformation leisten und staatliche Förderung nicht für die Aufrechterhaltung von Geschäftsmodellen eingesetzt wird, die langfristig negative soziale und ökologische Auswirkungen haben und nicht zukunftsfähig sind. Die Gestaltung von Finanzierungsinstrumenten sollte die öffentliche Hand nicht nur an Risiken, sondern auch an Erfolgen beteiligen.

1. Wer? Identifizierung zukunftsfähiger Branchen im Einklang mit einem gerechten Wandel

Die anstehende grüne Transformation bringt tiefgreifende wirtschaftliche Veränderungen für Deutschland mit sich und erfordert daher eine proaktive und vorausschauende Herangehensweise. Politische Entscheidungsträger müssen sich der möglichen Verluste bewusst sein, um rechtzeitig adäquate Antworten zu finden. Die Industriestrategie setzt wichtige Impulse, um die Abwanderung strukturell wettbewerbsfähiger Unternehmen aus Deutschland durch strategische Unterstützung zu verhindern. Jedoch ist es von entscheidender Bedeutung, den Transformationsdruck für Industrien nicht aufzuhalten. Denn ein Transformationsdruck ist wichtig, damit eine klimaneutrale, resiliente und sozial gerechte Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung entstehen kann. Eine Entscheidungsgrundlage zur Identifizierung zukunftsfähiger Branchen kann hier förderlich sein, damit die richtigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen getroffen werden, die einen solchen Strukturwandel unterstützen.

Ein klares Bild von zukunftsfähigen Branchen kann helfen, Chancen zur Sicherung heimischer Arbeitsplätze und zur Versorgungssicherheit nicht ungenutzt verstreichen zu lassen. Aufgrund fehlender regulatorischer Maßnahmen wurden beispielsweise Chancen für den Erhalt und Ausbau inländischer Beschäftigungsmöglichkeiten in der Photovoltaik-Industrie zu Beginn der 2000er Jahre verpasst. Während in Asien, insbesondere in China, aufgrund günstiger Investitions- und Kreditbedingungen die hoch skalierbare Produktionskapazität rapide ausgebaut wurde, ging die Produktion in Deutschland stetig zurück⁴. Von einst über 150.000 Arbeitsplätzen in Deutschland existieren heute nur noch knapp

59.000⁵. Solche Entwicklungen sollten in ähnlichen Schlüsselbranchen vermieden werden, wie beispielsweise in der Wärmepumpenindustrie⁶.

Im Folgenden stellen wir einen Ansatz vor, welcher die Identifikation von Branchen ermöglicht, die einerseits von einem Strukturwandel besonders betroffen sind, während andererseits zukunftsfähige, grüne Industrien mit erheblichem Zukunftspotenzial in Deutschland ermittelt werden. Darüber hinaus erfolgt eine Analyse der Branchen, die ähnliche Qualifikationen erfordern wie jene, die vom Markt verschwinden. Dies schafft eine Grundlage für die Entscheidungsfindung hinsichtlich staatlicher Fördermaßnahmen für bestimmte Industrien und bietet gleichsam eine solide Basis für den Abzug von Subventionen in nicht zukunftsfähigen Branchen.

Schritt 1: Identifizierung nicht zukunftsfähiger Branchen

Ein entscheidender Aspekt für die Entscheidung, welche Industrien gefördert werden sollen, ist zunächst die Identifizierung emissionsintensiver Branchen mit begrenztem Potenzial, in der Zukunft wettbewerbsfähig zu bleiben (nicht zukunftsfähige Branchen). Eine zu hohe Emissionsintensität oder die Verfügbarkeit von ökologisch überlegenen Alternativen bedeuten oft, dass der Schutz dieser Sektoren nicht gerechtfertigt werden kann. Neben ökologischen Faktoren sind die technologische Wettbewerbsfähigkeit und Anpassungsfähigkeit einer Branche Sektors entscheidend für dessen Zukunftsfähigkeit. Branchen mit einer technologisch fortschrittlichen und vernetzten Produktionsweise sind tendenziell anpassungsfähiger und wettbewerbsfähiger. Branchen, die diese Merkmale nicht aufweisen und zugleich emissionsintensiv sind, haben begrenztes Potenzial langfristig wettbewerbsfähig zu bleiben und gelten daher nicht als zukunftsfähig. Dies kann als Entscheidungsgrundlage dienen, um Subventionen in nicht zukunftsfähige Branchen auslaufen zu lassen.

Um strategische Autonomie zu sichern, kann eine öffentliche Förderung von Industrien, die getreu dieses Schemas als nicht zukunftsfähig gelten, weiterhin gerechtfertigt werden. Hier sollten jedoch die Vorteile der Europäischen Union und des europäischen Binnenmarktes genutzt werden. So können zum Beispiel Industrien, die in Deutschland aufgrund ihrer hohen Energieintensität nicht wettbewerbsfähig sind, im langfristig von niedrigeren Energiepreisen profitierenden Südeuropa angesiedelt werden, ohne den politisch sicheren Zugang zu den produzierten Gütern zu verlieren. Das gilt beispielsweise für die Stahlindustrie, welche in Südeuropa durch die Verfügbarkeit von günstigeren Erneuerbaren einen Wettbewerbsvorteil gegenüber Deutschland hat.⁷

Schritt 2: Identifizierung komplementärer zukunftsfähiger Branchen

Um die sozialen Auswirkungen der Verkleinerung und/oder des Auslaufens nicht zukunftsfähiger Industrien abzufedern, ist die Identifizierung von Industrien mit ähnlichen Anforderungsprofilen, geringer Emissionsintensität und hoher Anpassungs- und Wettbewerbsfähigkeit hilfreich. Diese Branchen können grüne Vorreiter sein und darüber hinaus strategische Vorteile bieten, indem sie bevorzugt Arbeitsplätze kreieren, welche geographisch und substanzial den verlorenen Arbeitsplätzen ähneln und damit Umschulung überhaupt erst ermöglichen. Der Übergang vom Beruf eines Kohleminenarbeiters zu dem eines Elektrofahrzeug-Motoringenieurs gestaltet sich als schwierig; Reskilling ist nur dann effektiv, wenn ausreichende Komplementarität zwischen den erforderlichen Fähigkeiten und Kenntnissen besteht. Eine in dieser Form abgestimmte Industriepolitik würde Engpässe von Fachkräften und die Verarmung betroffener Regionen vorbeugen. Ein positives Beispiel sind bereits existente Umschulungsprogramme für MechatronikerInnen, ElektronikerInnen und IndustriemonteurInnen zu WärmepumpeninstallateurInnen. Durch große Überschneidungen in der Berufsschulung kann ein Wechsel innerhalb von 4,5 Monaten gelingen.⁸ Das ab dem 1. April 2024 in Kraft tretende Qualifizierungsgeld ist ein bedeutender Schritt zur Unterstützung von Unternehmen, die im Zuge des Strukturwandels Arbeitsplätze abbauen mussten, aber durch

Weiterbildung die Möglichkeit haben, zukunftssichere Beschäftigung im gleichen Betrieb zu bieten(S.41).ⁱⁱⁱ

2. Wofür? Ausdifferenzierung der Investitionshemmnisse

Damit zukunftsfähige Branchen die richtige Form von Förderung erhalten, ist es notwendig, die bestehenden Barrieren zu kennen, um die Industrietransformation effektiv anzustoßen. Mit horizontalen Maßnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts, wie der Schaffung von Energiepreissicherheit, dem Infrastrukturausbau, der Beschleunigung der Genehmigungs- und Planungsverfahren und der Sicherung von Fachkräften, setzt die Industriestrategie bedeutsame Akzente zur Beseitigung von Investitionshemmnissen. Zur Verstärkung der Investitionen sind die vorgesehenen Zinsvergünstigungen sowie die Investitionsförderungen als Teil des Wachstumschancengesetzes wichtig. Es fehlt allerdings eine genaue Ermittlung, in welchen Branchen welche Art von Transformationshemmnis vorherrscht. Das ist eine wichtige Grundlage, damit die richtige Kapitalform an der benötigten Stelle wirken kann. Zu unterscheiden sind zunächst strukturelle und betriebswirtschaftliche Hemmnisse.

Strukturelle Transformationshemmnisse beschreiben eine Situation, in der ein Unternehmen bereit ist, Investitionen zu tätigen, externe Faktoren die Transformation jedoch verhindern. Diese treten für viele Industrieunternehmen in Bezug auf die infrastrukturellen Gegebenheiten (z.B. fehlender Stromnetzanschluss) auf, können aber auch bürokratische Hürden oder zivilgesellschaftlicher Widerstand sein. An dieser Stelle setzen geplante Infrastrukturinvestitionen in der Industriestrategie an, sowie Erleichterungen in Planungs- und Genehmigungsverfahren. Auch die Weiterführung und Ausdehnung der „Praxis-Checks“ des BMWKs ist ein gutes Beispiel, wie Bürokratieabbau gelingen kann.³ Ein großes strukturelles Hemmnis stellt zudem der Fachkräftemangel dar, der sich als Querschnittsproblem durch fast alle Branchen zieht⁹. Auch hier liefert die Industriestrategie mit den Maßnahmen zur Sicherung von Fachkräften wichtige Impulse.

Der öffentliche Infrastrukturausbau bzw. ein unterstützender Rahmen für infrastrukturelle Projekte stellt ein zentrales Instrument einer effektiven Industriepolitik dar und ist ein wichtiger Teil der vorgelegten Industriestrategie der Bundesregierung. Für die industrielle Transformation steht dabei insbesondere der Ausbau der Stromübertragungs- und verteilnetze im Fokus. Zudem müssen ausreichend Kapazitäten bei den Netzbetreibern geschaffen werden, sodass Stromnetzanschlüsse zügig genehmigt und umgesetzt werden können. Auch hier steuern die Industriestrategie-Vorhaben mit dem Ausbau der Energieinfrastruktur in die richtige Richtung.

Neben den strukturellen Hemmnissen spielt die **Wirtschaftlichkeit der Transformationsprojekte** eine große Rolle bei der Investitionsentscheidung durch Unternehmen. Zunächst hängt sie von den operativen Kosten (OpEx) und den Investitionskosten (CapEx) der grünen Technologien ab. Zudem müssen die Nachfrage und Preiseffekte der grünen Produkte betrachtet werden. Die Investitionskosten stellen ein Hemmnis dar, wenn sie sich in hohen Kapitalkosten äußern, da das Unternehmen einen hohen Anteil fremdfinanzieren muss und/oder schlechte Finanzierungsbedingungen, z. B. aufgrund eines hohen Verschuldungsgrads, erhält. Da diese Probleme zumeist kleine und mittlere Unternehmen (KMU) betreffen, ist bei der Gestaltung eines Förderinstruments für Investitionskosten ein einfacher und niederschwelliger Zugang wichtig.

Die operativen Kosten können zum Hemmnis werden, wenn die grüne Technologie im Prozess höhere Kosten verursacht als die bisherigen (fossilen) Technologien und die CO₂-Kostenvorteile die Mehrkosten nicht auffangen. Für einen großen Teil der Industrie bedeutet eine grüne Transformation die Elektrifizierung ihrer Prozesse, weshalb vor allem die Stromkosten der relevante Faktor der operativen Kosten sind. Sie setzen sich zusammen aus den Kosten für die Strombereitstellung sowie den Netzentgelten. Je nach Bedarfsprofil der grünen Technologie sind beide Elemente wichtige Stellschrauben für

Förderinstrumente. Hier setzen entscheidende Instrumente an, wie ein Brückenstrompreis, die Reform der Netzentgelte, die Klimaschutzverträge (Contracts for Differences), eine Anhebung des CO₂-Preises, oder der Carbon Border Adjustment Mechanism (CBAM).

Eine OpEx-Förderung darf jedoch nicht den Transformationsdruck untergraben. OpEx sollten nur gefördert werden, wenn dies nur übergangsweise erforderlich ist (z.B. als „Brücke“ zu geringeren Stromkosten) und sich auf zukunftsfähige Branchen beschränkt. Eine langfristige Förderung dieser Art sollte es nur in Ausnahmen geben, zum Beispiel bei der Relevanz für nationale (Versorgungs-)Sicherheit und für strategisch wichtige Branchen. Außerdem ist die Knüpfung an Konditionen essenziell, um einen effektiven und zielführenden Einsatz von staatlicher Unterstützung sicherzustellen, wie im nächsten Schritt erläutert wird.

3. Wie? Fortschrittsabhängige Konditionalitäten für effektive Industriepolitik

Damit staatliche Unterstützung notwendige Strukturveränderungen nicht untergräbt, ist die Festlegung von Zielen der staatlichen Förderung von entscheidender Bedeutung. Denn wie staatliche Unterstützung ausgestaltet wird, ist zentral. Es muss sichergestellt werden, dass die Unternehmen, die staatliche Unterstützung erhalten, nicht übermäßig Gewinne abschöpfen, einen Anreiz behalten möglichst produktiv zu wirtschaften, und zur Erreichung ökologischer und sozialer Ziele beitragen. Diese Ziele können beispielsweise Dekarbonisierung, gerechte Bezahlung oder die Steigerung der Produktivität sein. Die Industriestrategie des BMWK sieht bereits eine "Exit-Strategie" für jede Förderung vor, um unerwünschte dauerhafte Subventionen zu vermeiden.³ Diese Exits sollten von der Zielerreichung der unterstützten Unternehmen abhängen.

Daher sollte Industriepolitik auf ex-post Konditionalitäten bauen, wie sie auch im industriellen Erfolg der ost-asiatischen Länder ein wichtiges Element waren¹⁰. Anfangs sollte die Unterstützung (z.B. Subventionen, Steuererleichterungen, Vorzugsdarlehen) einer gesamten Branche zur Verfügung gestellt werden. Die Fortführung dieser Vorteile ist dann an das Erreichen von sozial-ökologischen oder auch produktiven Zielen gebunden: Alle Firmen, die die Ziele nicht erreichen (bzw. sich nicht auf einem plausiblen Weg dorthin befinden), bekommen nach dem ersten Jahr keine weiteren Subventionen. Dies kreiert einen Wettbewerb zwischen den Unternehmen, der mittelfristig dazu führt, dass nur die sozial gerechtesten, ökologisch nachhaltigsten und produktivsten Firmen überleben. Dieses „race to the top“ begünstigt das Zusammenwirken von Industriepolitik mit den Kräften des Wettbewerbs und stellt die Effektivität der Förderungen sicher.

Zusätzlich sichert die Fokussierung auf Ziele anstatt auf Maßnahmen, wie etwa bei der Erstellung von Investitionsplänen, den geförderten Unternehmen ein großes Maß an Flexibilität zu. Da Unternehmen sich nur zur Zielerreichung aber nicht zu konkreten Maßnahmen verpflichten, haben sie große Flexibilität und können schnell auf sich ändernde Marktsituationen reagieren. Dies erhöht die Effizienz der Zielerreichung. Da die Zielerreichung und damit auch die Berechtigung zur staatlichen Förderung ex-post und nicht ex-ante überprüft wird, reduzieren sich für Unternehmen umfangreiche Prüfungen und das Einreichen von Plänen vor Förderungsbeginn. Das soll Bürokratieabbau fördern, was wiederum Standortvorteile generieren, und Prozesse beschleunigen kann. So kann staatliche Unterstützung zu einem Katalysator für die grüne Transformation werden und helfen, zeitsensitive Projekte schnell umzusetzen.

Beteiligung an Profiten

Generell sollten Finanzierungsinstrumente so gestaltet werden, dass die öffentliche Hand nicht nur das Risiko absichert, sondern auch an Erfolgen beteiligt wird, oder sich öffentlicher und privater Sektor gegenseitig absichern. Die vorgelegte Industriestrategie für Deutschland nimmt zwar erfolgreiche staatlich geförderte Industrieunternehmen in die Pflicht, einen Beitrag zur Sicherung von guter Arbeit

und Wohlstandsteilhabe, zum Klimaschutz und zur Wohlstandssicherung Deutschlands zu leisten. Die dafür vorgeschlagenen Mittel wie Garantien für den Erhalt von Standorten und die Bindung an Tarifverträge sind wichtig, gehen aber noch nicht so weit, dass SteuerzahlerInnen von den Profiten der staatlich gestützten Unternehmen profitieren.

Die Ermöglichung von staatlicher Partizipation an den Gewinnen und Erfolgen der Unternehmen bietet einen Anreiz für die Förderung innovativer und produktiver Unternehmen. Zusätzlich trägt ein solcher Ansatz dazu bei, die gesellschaftliche Last des Deriskings auszugleichen, indem nicht nur Risiken, sondern auch die Profite erfolgreicher staatlich unterstützter Unternehmen proportional sozialisiert werden.¹¹

Das ist kein neuer Ansatz, sondern wird bereits im Temporary Crisis and Transition Framework (TCTF) vorgeschlagen. Der Rahmen für die Bewilligung von temporären Ausnahmen für staatliche Unterstützung auf EU-Ebene sieht vor, dass der Staat Anspruch auf eine angemessene Vergütung hat, beispielsweise in Form eines angemessenen Anteils an der künftigen Wertsteigerung des begünstigten Unternehmens.¹² Dies kann die Transparenz erhöhen und sicherstellen, dass der Staat auch für die Risikoübernahme von Unternehmen angemessen belohnt wird, so dass dadurch mehr fiskalischer Spielraum entsteht, um auch andere Unternehmen in ähnlicher Weise zu unterstützen.

Ausblick: Langfristig wettbewerbsfähige Industrietransformation europäisch denken

Für eine Entscheidung hinsichtlich der richtigen Ausgestaltung staatlicher Unterstützung kann die Identifizierung zukunftsfähiger Branchen eine hilfreiche Orientierung sein – ebenso wie das gezielte Ermitteln der jeweiligen Transformationshemmnisse für die richtige Art von Unterstützung. Es ist jedoch von entscheidender Bedeutung, dass die Förderung nicht den Druck zur Transformation mindert. In diesem Zusammenhang kann die Verknüpfung mit ex-post Zielen dazu beitragen, dass die Förderung an Fortschritte gekoppelt wird.

Um die Effektivität dieses Ansatzes sicherzustellen, ist vor allem die konsequente Berücksichtigung der europäischen Dimension und die Nutzung der Vorteile des europäischen Binnenmarktes unerlässlich. Die Ausschöpfung der Potenziale des Binnenmarktes bietet auch große Effizienz- und Wettbewerbsfähigkeitsvorteile. Die Produktion von beispielsweise grünem Stahl wird in Deutschland teurer bleiben als in anderen europäischen Regionen, weil erneuerbarer Strom hierzulande knapper ist als beispielsweise in Südspanien oder Skandinavien.⁷ Daher ist es entscheidend, vor allem die energieintensive Grundstoffproduktion und strategische Autonomie europäisch zu denken, anstatt sie auf Deutschland allein zu beschränken. Die gezielte Standortermittlung für eine wettbewerbsfähige Erzeugung bedeutender Grundstoffe in Europa bietet eine wichtige Chance für die europäische Kohäsion. Wird die Industrietransformation europäischer gedacht, steigt ihr Potenzial, rasch im Einklang mit den Zielen der strategischen Autonomie, Klimaneutralität, langfristigen Wettbewerbsfähigkeit und sozialen Verträglichkeit zu gelingen.

Um diese Chancen zu nutzen, die der Standort Europa bietet, braucht es also eine Koordination nationaler Industriestrategien auf europäischer Ebene. Nur so kann das volle Potenzial des Binnenmarktes ausgeschöpft werden, um global wettbewerbsfähig zu bleiben und den Strukturwandel in Deutschland im Einklang mit den Zielen der Klimaneutralität nicht aufzuhalten.

Referenzen

¹ Koch, M., Godzinska, K., Medak, B., Fischer, L., Palmer, R., & Hanoteaux, R. (2022). Bezahlbare Wärme ohne Flüssigerdgas - Wie eine aktive Wärmepolitik Milliarden sparen und das Klima schützen kann. E3G. <https://www.e3g.org/publications/bezahlbare-waerme-ohne-fluessigerdgas/>.

² D'Aprile, P., Engel, H., van Gendt, G., Helmcke, S., Hieronimus, S., Naucclér, T., ... & Witteveen, M. (2020). Net-Zero Europe: Decarbonization pathways and socioeconomic implications. McKinsey & Company: Stockholm, Sweden.

³ Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK). (2023). Industriepolitik in der Zeitenwende. https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Publikationen/Industrie/industriepolitik-in-der-zeitenwende.pdf?__blob=publicationFile&v=10.

⁴ Reisig, V., Deutsch, N., Homann, J., Linden, C., Neuhaus, J. (2020). Chancen und Risiken für die deutsche Heizungsindustrie im globalen Wettbewerb. Bundesverband Wärmepumpe (BWP).

⁵ Jauernig, H., Müller-Arnold, B. (2023). Lässt sich Deutschland auch bei den Wärmepumpen abhängen? Spiegel.

⁶ Breisig, V., Linden, C., Elechiguerra Batlle, A., Arnold, J. (2023). Der Wärmepumpenhochlauf nach der Heizungsdebatte. Bundesverband Wärmepumpe (BWP).

⁷ Steitz, J., & Kölschbach Ortego, A. (2023). *Implikationen langfristiger Energiekostenunterschiede für energieintensive Industrien und den Wirtschaftsstandort Deutschland*. Fachtexte.

⁸ Kompetenzzentrum Fachkräftesicherung (2023). Quereinstieg zum Wärmepumpenspezialist. <https://www.kofa.de/mitarbeiter-finden/zielgruppen/praxisbeispiele-und-interviews/quereinstieg-zum-waermepumpen-spezialist/>.

⁹ Deutsche Industrie und Handelskammer. (2021). Fachkräftemangel – mit gravierenden Folgen. <https://www.dihk.de/de/themen-und-positionen/fachkraefte/beschaeftigung/fachkraeftereport-2021/fachkraeftemangel-mit-gravierenden-folgen--61818>.

¹⁰ Rodrik, D. (2014). Green industrial policy. *Oxford review of economic policy*, 30(3), 469-491.

¹¹ Hafele, J., Barth, J. (2023). A five-point plan for EU Industrial Policy. ZOE Institute for Future-fit Economies: Cologne.

¹² European Commission (2022). *Communication from the European Commission: Temporary Crisis Framework for State Aid measures to support the economy following the aggression against Ukraine by Russia*. 1.4(37)c.